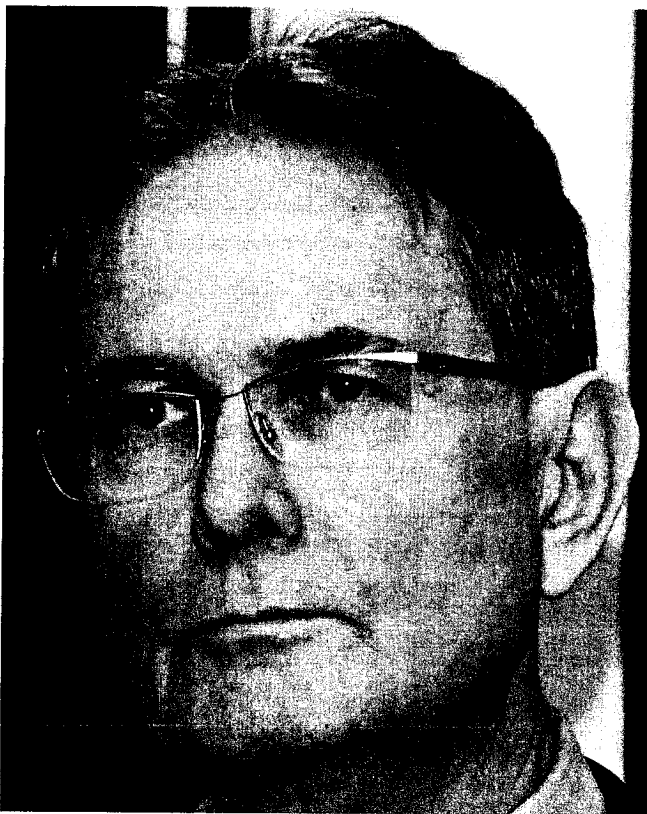


Klaus J. Bade: Die Neurotisierung der Integrations- diskussion

Mit Prof. Dr. Klaus J. Bade ging 2007 einer der führenden europäischen Experten zu Fragen der Migration und Integration in den Ruhestand. Die Bürgerstiftung Berlin dankt dem Hochschullehrer und Institutsleiter, Politikberater sowie Autor und Herausgeber von über 30 Büchern für die Möglichkeit, seine nüchterne Analyse hier vorzustellen. Sie kann uns in der Bürgerstiftung Berlin, die wir angesichts der schier unlösbaren Aufgaben den Mut manchmal fast verlieren, wieder klar machen: Wir sind auf dem richtigen Weg.



Die öffentliche und politische Diskussion über Integrationsfragen ist in Deutschland oft unnötig aufgeregt. Es gibt in Deutschland, wie in anderen europäischen Einwanderungsländern, zweifelsohne Integrationsprobleme. Aber es gibt in Sachen Migration und Integration keinen Anlass zu nationaldepressiven Selbstbeschreibungen: Trotz lange fehlender Integrationskonzepte auf der deutschen Seite, trotz mancherlei Verzögerungen im Integrationsprozess bei der Zuwandererbevolkerung

und trotz ebenso unübersehbarer sozialer Brennpunkte ist der deutsche Weg in die Einwanderungsgesellschaft insgesamt nach wie vor ein pragmatischer Erfolgsfall, der einem Vergleich mit anderen europäischen Einwanderungsländern durchaus standhält.

Der nüchterne Blick auf die in der Regel ruhige und unauffällige Entwicklung von Integration in Deutschland wird getrübt durch katastrophistische Bewertungen, die beitragen zur Neurotisierung der Integrationsdiskussion in Deutschland. Dabei wird der Blick auf die größtenteils friedliche Entwicklung der Einwanderungsgesellschaft in Deutschland oft verstellt durch Beschwörungen einer allgemeinen »Integrationskrise« mit einseitiger Konzentration auf abschre-

ckende Stichworte wie »Ehrenmorde«, »Zwangsheiraten«, »Genitalverstümmelungen« und »Parallelgesellschaften«, organisiert in »ethnischen Kolonien« als Zentren von Kriminalität und häuslicher Gewalt.

Integrationsforschung wiederum konzentriert sich in Wirklichkeit oft mehr auf Konflikte und Desintegration – so, als führe die Analyse von Verkehrsunfällen zur Entdeckung der Verkehrsregeln. Gelingende Integra-

tion aber zeichnet sich gerade dadurch aus, dass sie unauffällig bleibt.

Euphemistische Verharmlosungen und harmonistisches Schönreden freilich wären nicht minder abwegig und gesellschaftspolitisch fahrlässig wie die erwähnten Bedrohungsszenarien: Es gibt z. B. in bestimmten Zuwanderermilieus zweifelsohne Fälle atavistischer Schwerekriminalität, in Gestalt von »Ehrenmorden«. Ebenso gibt es offenkundig neben einvernehmlich arrangierten Eheschlie-

ßungen – in weitaus geringerem Umfang, aber in fließenden Grenzen dazu – das Phänomen der Zwangsheiraten.

Es ist wichtig und nötig, solche unerträglichen, mit den Grundwerten unserer Rechtsordnung unvereinbaren Formen von Gewaltkriminalität und abweichendem Verhalten zu beschreiben und damit zu deren Aufklärung, Verfolgung und gesellschaftlicher Ächtung beizutragen.

Kollektive Verdächtigungen aber halten eine Schaukel der Desintegration in Gang; denn sie schwächen die Akzeptanzbereitschaft der verschreckten Mehrheitsgesellschaft ebenso wie die Integrationsbereitschaft der denunzierten Zuwanderergruppe: statistisch ablesbar an der wachsenden Islamophobie bei der Mehrheitsgesellschaft und an der rückläufigen Entwicklung der Einbürgerungszahlen bei der Zuwandererbevolkerung.

Erinnern wir uns an die dreißig Jahre zurückliegende Warnung des ersten Ausländerbeauftragten der Bundesregierung, des vormaligen nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Heinz Kühn (SPD) vom Ende der 1970er Jahre: Was man heute nicht in die Integration der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familien investiere, das müsse man später für Resozialisierung und Polizei bezahlen.

Dass es nicht so gekommen ist, haben wir zweifelsohne nicht der seit den späten 1970er und frühen 1980er Jahren auch von mir immer wieder und lange vergeblich eingeforderten Politik einer konzeptorientierten begleitenden Integrationsförderung zu verdanken. Entscheidend dafür war vielmehr die friedvolle Integrationsleistung der Zuwandererbevolkerung – die dennoch immer wieder in Frage gestellt wird. Angebracht wäre ein anständiges politisches »Dankeschön« für diese standhafte Eingliederungsbereitschaft unter stetem Denunziationsdruck.

Ausführlich dazu:

Klaus J. Bade, Versäumte Integrationschancen und nachholende Integrationspolitik, in: ders. / Hans-Georg Hiesserich (Hg.), Nachholende Integrationspolitik und Gestaltungsperspektiven der Integrationspraxis. Mit einem Beitrag von Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (Beiträge der Akademie für Migration und Integration, Heft 11), V&R unipress, Göttingen, Sept. 2007, S. 21–95.
www.kjbade.de